

Wetterleuchten!

Dresden, 3. Oktober.

Am vergangenen Sonntag nahmen Laval und Briand Berlin ein. Was Frankreich während des Krieges und Polencare durch die Ruhrbesetzung mochten, erreichte der französische Imperialismus durch die Friedensengel Laval und Briand. Brüning und Curtius waren kurze Zeit vorher in Paris und wollten 2 Milliarden Kredite. Doch weder in Paris noch in London bekamen die deutschen Kreditgeber ihr leeres Portemonnaie gefüllt. Die französischen Kapitalisten forderten den Kniefall und die völlige Unterwerfung der deutschen Bourgeoisie, der jetzt in Berlin vollzogen wurde.

Die deutsch-französische Wirtschaftskommission bedeutet das Kommando des französischen Finanzkapitals über die deutsche Industrie. Auf dem Rücken der deutschen und französischen Proletarier soll ein Wirtschaftskrieg und Militärbandnis gegen die sozialistische Weltrevolution geschmiedet werden.

Schon brennt die Kriegsfackel im Fernen Osten. Der japanische Rüstungsimperalismus will einen Völkerbundkrieg gegen den roten Arbeiterstaat provozieren. Die Arbeiter aller Länder müssen die Flammenzeichen des drohenden imperialistischen Krieges erkennen und mit allen Mitteln das Land des großen sozialistischen Aufbaues verteidigen.

Die Hamburger Wahlen sind ein rotes Wetterleuchten. Mehr als 28 000 kampfgewillte sozialdemokratische Arbeiter haben der schmachvollen Schönfelder-Bürgerpartei den Rücken gekehrt und sind zur kommunistischen Partei gestoßen.

In Berlin, an der Ruhr und im roten Hamburg erobert der sieghafte Kommunismus die besten Kolonnen der kommenden proletarischen Freiheitsarmee. Der große rote Sieg in Hamburg zeigt, wie sich die Kräfte der kommenden proletarischen Revolution unter dem Sowjetstern sammeln. Das Halbeskreuz ist das Zeichen des Arbeitermordes und der brutalsten volksfeindlichen Reaktion.

Die gescheiterte, verkaufende Partei des Sozialfaschismus wird vom beginnenden Fieber der Krise geschüttelt. Die sozialdemokratischen Arbeiter und die SAJ-Funkproleten gehen nach links zur roten Kampflinie. Die Weis und Seering unterstützen weiter die drakonische Brüning-Diktatur. Überall wächst die Rebellion der SPD-Arbeiter. Am Niederrhein und im Ruhrgebiet folgen ganze Ortsgruppen der SAJ dem wegweisenden Beispiel der Genossen Tchorst und Dettlinghaus.

In Sachsen wollen die von dem Parteivorstand herausgeworfenen Seydewitz, Rosenfeld, Wagner und Fabian eine neue USP gründen. Am Sonntag soll in Berlin die neue sozialistische Arbeiterpartei aus der Taufe gehoben werden. Diese politische Nachgeburt wird eine Mißgeburt sein. Der verkaufende Restnam der alten USP läßt sich nicht neu beleben. Die USP war eine Partei der linken Phrasen und der rechten Taten, die keine historische Existenzberechtigung hatte. Die Dittmann, Hilferding und Breitscheid warfen sich Kasse und Wels in die Arme. Die besten Proletarier gingen zu Lenin. Eine neue USP, selbst wenn das Kind einen anderen Namen trägt, wäre eine neue Spaltung und Zerspaltung der revolutionären Arbeiterbewegung.

Lenin, der große Meister des revolutionären Klassenkampfes, hat schon während des Krieges die Rolle der Kaufmanns- und späteren USP-Phrasen gebrandmarkt:

„Ihr legt ein Lippenbekenntnis für die kommende Revolution ab, in der Tat aber verzichtet ihr darauf, den Massen direkt von der Revolution zu reden, ihr sagt Revolution auszurufen und konkrete Kampfmittel anzugeben, die von ihnen im Gang der Revolution geprüft und gerechtfertigt werden.“

Der Essener Parteitag der SPD kennzeichnete die Rolle der „linken“ SPD-Führer folgendermaßen:

„Die zentralistischen Führer, deren Hauptspezialität im Kampf gegen die proletarische Diktatur und gegen den Bolschewismus mit angeblich „linken“ Argumenten besteht, sind die äußerste Barriere gegen die revolutionäre Einheitsfront und gegen den vordringenden Kommunismus.“

Ebenso hat der Weidlinger Parteitag die linken SPD-Führer als die gefährlichsten und raffiniertesten Werkzeuge der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse charakterisiert. Eine neue USP wäre ein Verbrechen an der nach Einheit drängenden Arbeiterklasse. Die sogenannte sozialistische Arbeiterpartei wäre nur ein neuer Damm, um die SPD- und SAJ-Arbeiter vom Übergang in das Lager des Kommunismus abzuhalten. Durch die verheerende Krise tracht der kapitalistische Klassen in allen Tugenden. Die Klassenkämpfe zwischen Kapital und Arbeit werden immer erbitterter. Eine neue USP würde durch die beschleunigte revolutionäre Entwicklung zerrieben. Die sozialdemokratischen Arbeiter in Sachsen dürfen nicht auf die neuen zentralistischen Wandervogel der Seydewitz und Rosenfeld hereinfallen. Die empörten SAJ-Funkarbeiter von Dresden und Freital, die mit den Kulis des Brüning-Parteivorstandes Arzt, Wedel und Edel gebrochen haben, dürfen sich von den Wagner und Fabian nicht für eine neue zentralistische Sumppartei mißbrauchen lassen. Der kommunistische Jugendverband reicht auch die Bruderhand. SAJ-Kameraden, schlagt ein! Folgt dem Ruf der Hamburger SAJ-Gruppe, die zum RWB übergetreten ist: „Wieder hundertmal mit Thälmann, als einmal mit Wels oder Seydewitz!“

Der Wundsturz und der Beginn der Inflation in England verschärften den Konkurrenzkampf zwischen den englischen und deutschen Kohlenkönigen. Mit einem 73prozentigen Lohnraub sollen die Ruhrumpuls die kapitalistische Jocke bezahlen. Die Ruhrkohlenbarone sind die Proletarier des deutschen Trübsittigkeits und eröffnen einen neuen Generalangriff auf die Hungerlöhne aller deutschen Arbeiter. Mit Hilfe der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie und der Hitler-Sirell-Brechergeraden sollen die Ruhrproleten schändliche Kultbedingungen aufgezwungen werden.

Auch die schifflichen Bergarbeiter im Delonty-Zwischenrevier müssen den Kampf aufnehmen für ihre eigenen Forderungen und für das rote Streikbündnis mit den Kohlenklaven an der Ruhr und in Schlesien. Wenn die Kohlengräber aus der hintersten Nacht des tiefen Schachtes an das Tageslicht steigen, dann schloßern den kapitalistischen Ausbeutern die Knie. Die Papier-, Textil- und Metallarbeiter in Sachsen, die ebenfalls von einem neuen Lohnraub bedroht werden, müssen unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Streik organisieren gegen jeden Pfennig Lohnraub. Den 350 000 deutschen Eisenbahnern droht zum 31. Oktober ein genereller Lohnraub. 500 000 Arbeiter der Reichspost sollen den Hungertiemeln noch enger schnallen. Chemische Arbeiter, Textilarbeiter, Hafenarbeiter, Seeleute, die Proletarier der Reichsbetriebe sind im Kampf um Lohn und Brot!

Die Angehörigen in Dresden sollen neue Gehaltsforderungen stellen. Durch die letzte Notverordnung der Brüning-Schiedsregierung werden die Gehälter der besonders schlecht bezahlten Volksschullehrer rigoros abgebaut. Das Brüning-Kabinett kündigt neue Notverordnungen an, die neue Not verordnen. Die Hungerpennige der Arbeitslosenunterstützung werden erneut gekürzt. Die faschistische Diktatur-Regierung stellt mit Hilfe von Seering, Schied und Rühl-Kloges

Attentat gegen Erwerbslose!

Ab 5. Oktober Unterstützungsdauer um 6 Wochen gekürzt, bei den Saisonarbeitern um 10 Wochen / Arbeitslose und Betriebsarbeiter kämpfen gegen den neuen Anschlag

Berlin, 3. Oktober 1933.

Auf Grund der Notverordnung vom Juni 1933, durch welche die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsmittlung zu Abbaumaßnahmen ermächtigt wurde, hat der Vorstand der Anstalt am 1. Oktober beschlossen, die Höchstzahl der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung von 28 Wochen auf 20 Wochen, für Berufslosige auf 16 Wochen zu kürzen. Der Vertreter der Reichsregierung stimmte dem Beschluß des Vorstandes zu. Die Neuregelung tritt am 5. Oktober in Kraft.

Der Beschluß der Reichsanstalt ist ein Schlag in das Gesicht aller Werktätigen. Millionen Arbeitslose werden durch die Verkürzung der Unterstützungsdauer in ihrer ohnehin einkenden Lebenslage noch tiefer herabgedrückt und erhalten statt der ihnen gesetzlich zustehenden Sätze der Arbeitslosenversicherung, für die sie jahrelang Beiträge zahlten, die einkenden Beihilfepennige der Arbeitslosenunterstützung oder der „Wohlfahrtsunterstützung“. Hunderttausende „berufslosige Arbeitslose“, das heißt Bauarbeiter usw., denen die diktatorische Notverordnungspolitik über die sofortige Einstellung der Bauten der Länder und Kommunen die letzte Beschäftigungsmöglichkeit geraubt hat, werden dafür mit jehandwöchigem Unterstützungsgarab bestraft.

Ein unerhörtes Attentat gegen Millionen, die jetzt schon hungern müssen und die nicht wissen, wozu sie in dem kommenden Hungerwinter die Mittel zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse an Heizung, Kleidung nehmen sollen. Doch alle Werktätigen müssen sich klar darüber sein, Verkürzung der Unterstützungsdauer ist nicht der letzte Anschlag der Brüningregierung gegen die Arbeitslosen. Abbau der Löhne und Gehälter mittels Zwangsschlichtungsdiktat und § 48, Abbau der Arbeitslosenunterstützung durch die Arbeitslosenunterstützung angeündigt, sondern auch mitgeteilt, daß die Reichsregierung

eine allgemeine Senkung der Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung auf die Sätze der Arbeitslosenunterstützung plant, um dadurch 50 Millionen einzusparen. Die Arbeitslosen können daraus ersehen, daß dem Anschlag vom 2. Oktober weitere Hauptpläne folgen werden.

Für das neue Attentat an den Erwerbslosen ist die SPD voll verantwortlich. Schon die Herabsetzung der Unterstützungsdauer von 28 auf 20 Wochen ist im Einverständnis mit der SPD-Führerschaft erfolgt. Aber die Forderung nach weiterer Abbau der Arbeitslosenunterstützung geht von der Reichsregierung aus, und die SPD-Führer stützen diese Regierung nach wie vor.

Das Einverständnis der SPD-Führer mit der Herabsetzung der Unterstützungsdauer ist um so empörender, als die SPD-Führer erst vor wenigen Wochen behauptet haben, sie hätten bei der Brüningregierung Verbesserungen der Notverordnung vom 5. Juni erreicht. Sie behaupteten sogar, der Wert dieser Verbesserungen stelle den Betrag von 100 Millionen für die Arbeiter dar. In Wahrheit ist an der Notverordnung vom 5. Juni nichts geändert worden und jetzt erfolgen neue ungeheure Abbaumaßnahmen.

Die Herabsetzung der Unterstützungsdauer trifft die leidenden Arbeitslosen mit ungeheurer Schürze. Man muß wirklich fragen, was alles die SPD-Führer dem wertigen Leben der arbeitenden Opfer des kapitalistischen Systems, noch zu bieten wagen? Die Empörung der Arbeitslosen ist ungeheuer. Millionenstimmig erheben sie Protest.

Die neue ungeheure Kürzung der Arbeitslosenunterstützung ist unerträglich. Darum muß das gesamte wertige Volk den Kampf um Fortführung der Betriebe ohne Rücksicht auf kapitalistische Profitinteressen verstärken. Die Arbeitslosen fordern Arbeitsbeschäftigung. Solange aber noch Arbeitslose auf dem Pflaster liegen, fordern sie menschenwürdige Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit. Kommunistische Partei und RWB fordern eine Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Unternehmer und des Staates, die alle Arbeitslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit zu unterstützen verpflichtet ist.

Spaltung der SPD Breslau!

Neue USP gegründet / SPD-Arbeiter, her zur kommunistischen Partei!

Breslau, 3. Oktober. (Eig. Bericht.)

Gestern Abend fand hier eine außerordentliche Hauptversammlung der sozialdemokratischen Funktionäre statt, in der Seydewitz referierte und zur Gründung einer „sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ aufrief. Ferner sprach der bisherige Vorsitzende des Breslauer Ortsvereins, Rechtsanwalt Dr. Castein, und der Reichstagsabgeordnete Ziegler, die gleichfalls für die Gründung einer neuen Partei sprachen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der gesagt wird, daß 3000 Mitglieder hinter der neuen Partei stehen. Der Bezirksvorstand hatte alles getan, um das Stattfinden der Versammlung zu verhindern; es erwies sich jedoch, daß der vom Bezirksvorstand abgesetzte Ortsvorstand die entscheidenden Teile der Mitgliedsliste hinter sich hatte. Auch sämtliche sozialdemokratischen Stadtverordneten erklärten sich für Dr. Castein.

Die in Breslau gegründete „sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ bedeutet nichts anderes als eine neue USP zur Verhinderung des Massenabmarsches sozialdemokratischer Arbeiter zur kommunistischen Partei. Der Brief des Zentralkomitees der kommunistischen Partei an die sozialdemokratischen Arbeiter auf der ersten Seite dieses Blattes kennzeichnet dieses Verbrechen an der revolutionären Einheit des Proletariats. Er muß am Sonntag unter den Massen der SPD-Arbeiter verbreitet werden!

Gerade die Breslauer „Linken“ haben in ihrer Politik bewiesen, daß sie sich grundsätzlich in nichts von den Rechten unterscheiden. Der angeblich so „linke“ Ziegler hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes in Breslau dieselbe verbrecherische Vohnpolitik und die Ausschlusspolitik

gegen die Kommunisten mitgemacht, wie die übrigen Gewerkschaftsböden. Dasselbe gilt von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, die den Etat des arbeiterfeindlichen Magistrats bewilligte.

Sturm in der Wlauerer SPD

Am 28. September fand in Wlauen im Bogland eine Mitgliederversammlung der SPD statt, in der zu den Ergebnissen innerhalb der Partei Stellung genommen werden sollte.

Die Rechten hatten alles getan, um den Spaltungsplan des Parteivorstandes durchzuführen. Die „Wlauerer Volkszeitung“ das SPD-Organ des Bezirks, wurde vom Parteivorstand ausgesetzt, um Klaus Zwelling und seine Anhänger der Seydewitz-Rosenfeldgruppe mundtot zu machen. Vom Parteivorstand war Wilhelm Dittmann erschienen, der von dem Rechten Eugen Trisch, eigenmächtig bestellt war.

Das Korreferat von Klaus Zwelling, Anhänger der Rosenfeld-Seydewitz-Gruppe, war jämmerlich. Er kritisierte, daß der Geschäftsführer der Zeitung sämtliche Zustimmungserklärungen für Seydewitz unterzeichnet habe. Darauf der Geschäftsführer: „Befehl von Leipzig“.

In der Diskussion kam die Empörung der oppositionellen Arbeiter zum Ausdruck. Von 8 Arbeitern sprachen sich gegen den Parteivorstand aus. Nach Schluß fanden vor den Versammlungsorten erregte Diskussionen statt. Ein SPD-Arbeiter erklärte: „Ich bin 8 Jahre in der SPD aber das hat meine letzte Mitgliederversammlung.“

Beseitigung des Mieterschukes

Dresden, 2. Oktober.

Im Reichstagsausschuß für das Wohnungswesen wurde mitgeteilt, daß die Mieterschutzgesetzgebung einschneidenden Änderungen unterzogen und der Mieterschutz für große und geteilte Wohnungen aufgehoben werden solle. Auch solle den Untermietern der Mieterschutz entzogen werden. An Stelle der aufzubehaltenen Mietscheinämter bei den Amtsgerichten sollten für die Gemeinden Mietscheinämter zugelassen werden. Mieterschutz, Mietengeh und Wohnungsmangelgesetz sollten danach ab 1. April 1933 aufgehoben werden.

SPD gegen die merkthätigen Mieter

Berlin, 2. Oktober. (Eig. Bericht.) Der Wohnungsausschuß des Reichstages nahm in seiner letzten Tagung Stellung zu dem ungeheuerlichen geplanten Abbau des Mieterschutzes. Obwohl sich seit alle Abgeordneten gegen derartige Verschlechterungen aussprachen, gingen nur die Kommunisten die Konsequenzen und traten für die Vertagung des Wohnungswesen-Gesetzes, eines Wohnungsbauprogramms und des sozialen Wohn- und Mietrechts ein. Reichsarbeitsminister Dr. Stogewald erklärte, daß es der Reichspräsident nicht wünsche, daß der Reichstag über der Wohnungsausschuß an der Befassung der Notverordnung teilnehme. Als der Wohnungsausschuß nochmals beschloß, das Reichskabinett zu erklären, daß das Reichsarbeitsministerium zu Erklärungen über den Abbau des Mieterschutzes aufzufordern, sandte der Reichstagskanzler

ein Schreiben, in dem er mitteilte, daß die Regierung es nicht für förderlich halte, wenn Regierungsvorleiter im Wohnungsausschuß Auskünfte über die Notverordnung erteilen. Sämtliche bürgerlichen Abgeordneten des Ausschusses fügten sich sofort den Wünschen des Herrn Brüning. Auch die Sozialdemokraten fügten sich dem Reichstagskanzler. Sie brachten lediglich

Neue Arbeitsgemeinschaft

Die Brüning-Regierung beabsichtigt, die Vertreter der Vohabbau-Gewerkschaften und die Unternehmer zu einer Konferenz einzuladen, die die Bildung einer neuen Arbeitsgemeinschaft beschließen soll. Alle Abbaumaßnahmen sollen von dieser „Arbeitsgemeinschaft“ durchgeführt werden.

Weder eine Theater-Kundgebung der Gewerkschaftsbürokratie In seinem Alarmruf an die deutsche Arbeiterklasse hat das Reichskomitee der RWB gesagt, daß die Gewerkschaftsbürokratie ihren neuen ungeheuren Verrat mit einer Flut von „Broschüren“ und „Forderungen“ zu verschleiern versuchen wird. Schon jetzt auch wieder so eine verlogene Kundgebung der Gewerkschaftsbürokratie vor. Die Spitzen der IWB-Gewerkschaften haben sich mit den Christen und Hitler-Dankreichen Gewerkschaftsführern zusammengesetzt und eine „Antwort“ auf die Forderungen der großkapitalistischen Verbände verfaßt.

In dieser Kundgebung fordern die Gewerkschaftsbürokraten die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, also einen 17prozentigen Lohnabbau, eine ausreichende Versorgung aller Arbeitslosen, Steigerung der Kaufkraft und der Löhne, Herabsetzung der Zölle. Wenn Arbeiter gegen Lohnabbau freitretend organisiert die Gewerkschaftsbürokratie den Streikführer mobilisiert die Polizei. Sozialdemokratische und christliche Gewerkschaftsführer unterstützen die Brüning-Regierung, die die Lohnabbau-Offenheit unterstützt und die die Arbeitslosenunterstützung immer mehr beschneidet hat. Als Reichstagsabgeordnete haben die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer immer wieder für Zollerhöhungen und gegen Jollsenkung gestimmt